

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.50 Uhr

Ende: 13.50 Uhr

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 12.50 Uhr den Vorsitz.

1) Weiterbestand der Bezirksämter

GR. **Eichberger** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Frage geht es um die Sache hinsichtlich des Weiterbestandes der Bezirksämter in den Grazer Stadtwerken. Im Zuge der Diskussionen über die Zukunft dieser Bezirksämter gaben Sie, Herr Bürgermeister, Erklärungen ab, dass die Bezirksämter zumindest bis zur nächsten Gemeinderatwahl im Jahr 2008 in ihrer jetzigen Form und auch in ihrer jetzigen Anzahl erhalten bleiben.

Jetzt gibt es aber einige Aufregungen, sowohl in der Bezirksbevölkerung, die sich Sorgen macht, als auch von den Bezirksräten her und Bezirksvorstehungen, da Informationen zu folge, kommen aus dem Rathaus angeblich, diese von Ihnen getätigte Zusage, was den Fortbestand der Bezirksämter betrifft, untergraben werden könnten. So sei geplant und es ein Vorhaben, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksämter, die nunmehr in Pension gehen oder bereits gegangen sind, nicht mehr nachbesetzt werden, was natürlich zu einer personellen Aushungerung und zur Schließung von Bezirksämtern führen würde, da eine Verschiebungen von Personal aus anderen Bezirksämtern nicht möglich ist, weil dort auch diese Personaldecke schon eine sehr, sehr dünne ist. Und ich gebe nur zu bedenken und als Hinweis für alle, die sich nicht so in den Bezirksämtern aufhalten, große Bezirksämter, wie zum Beispiel Gries und Eggenberg, haben momentan bereits einen Personalstand von

einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter, also hier ist es ja wirklich so, dass man nicht unbedingt von einer Überbelegung von Personal in diesen Bezirksämtern reden kann. Hinzu kommt eines, dass es Gerüchte gibt, dass bereits im nächsten Jahr, also im Jahr 2006 und nicht wie Herr Bürgermeister angeschnitten hat, dass bis zum Jahr 2008 es hier keine Änderungen gibt, dass bereits im kommenden Jahr Bezirksämter zusammengelegt beziehungsweise überhaupt aufgelöst werden könnten oder sollten oder werden.

Abgesehen davon, dass die Bezirke auf Ihr Wort als Bürgermeister setzen, würde die Nichtnachbesetzung von Dienstposten beziehungsweise das Zusammenlegen oder die Auflösung von Bezirksämtern nicht nur eine wesentliche Verschlechterung des Servicegedankens und des Serviceangebotes für Bürgerinnen und Bürger bedeuten und wenn wir das Klientel der Bezirksämter kennen, dann sind es vor allem ältere, kränkliche Personen, die vielleicht auch nicht mehr so mobil sind, was natürlich ein wesentlicher Nachteil für diese Bevölkerungsschichten wäre und natürlich auch, und hier auch, wenn es um die Befindlichkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von Magistratsbediensteten geht, muss man natürlich auch davon ausgehen, dass diese Belastung und dieses nicht Wissen, wie sie über die Runden kommen, auch gravierende Nachteile und ein weniger tolles Befinden der Mitarbeiter zur Folge hätte.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

F r a g e ,

inwieweit Sie nach wie vor zu Ihrem Wort stehen, dass zumindest bis zum Jahr 2008 die Bezirksämter in ihrer derzeitigen Form und vor allem auch in ihrer jetzigen Anzahl bestehen bleiben.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, es ist wieder einmal Gelegenheit darüber zu reden ich weiß nicht ganz genau, wo Sie ein Versprechen meinerseits erten, dass wir die Bezirksämter bis 2008 alle unverändert belassen. Sie wissen, ich habe ja mehrfach

schon Vorschläge gemacht, dass wir zu einer klaren Trennung kommen zwischen der Bezirksdemokratie und der politischen Aufgabe, das ist meine feste Überzeugung und den Amtsauftritt, dem Magistratsauftritt in dieser Stadt Graz. Ich habe ein Konzept auch ausarbeiten lassen, das wurde ja schon vorgelegt und diskutiert, zum Teil haben wir es sogar ja schon umgesetzt, ich habe gesagt, es wäre gut, wenn wir neben dem Rathaus und dem Amtshaus hier im Zentrum am Bahnhof mit unserem Amtsgebäude des Weiteren noch vier Magistratsstellen haben, wo wir die volle Serviceleistung erbringen können. Die Diskussion mit vielen Bezirksvorstehern, die ich schon beführt habe, ist im Moment ein bisschen ins Stocken geraten, wir haben uns da auf nichts einigen können, ich glaube aber, dass wir zum Schluss dann einen guten Kompromiss anbieten werden können, aber versprochen, dass es bis 2008 keine Veränderung gibt, daran kann ich mich wirklich nicht erinnern, wo immer das gestanden haben soll, vielleicht können Sie mir das sagen. Meine Intention war auch auf Grund des Sparpaketes, das wir zu erfüllen haben, dass wir zu einer möglichst günstigen Lösung kommen und wir bleiben da mit den Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern selbstverständlich im Gespräch (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger:** Zuerst darf ich, bevor ich die Zusatzfrage stelle, nur eine kurze Antwort geben, weil mich der Herr Bürgermeister gefragt hat, wo ich das her hätte und wo das gestanden sein soll, gelesen habe ich es nicht, aber ich vertraue meinen 17 Bezirksvorsteherkollegen in unserem Klub, die mir das kundgetan haben, aber ich werde mich noch einmal vergewissern, bei welcher Gelegenheit Sie diese Äußerung von sich gegeben haben. Zur Zusatzfrage aber selber hätte ich die Bitte, nachdem Sie ja auch um die leidige Personalsituation in den Bezirksämtern Bescheid wissen, immerhin der aktuelle Personalstand, so meine Informationen, 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das bedeutet wirklich eines, vor allem jetzt in der Sommerzeit, in der Urlaubszeit, dass die Bezirksämter am Limit angelangt sind und hier ist eines zu befürchten, dass eben durch Urlaubszeit und möglicherweise den einen oder anderen Krankenstand hier wirklich ein worst Case passieren könnte insofern, dass Bezirksämter gesperrt werden müssen, weil einfach kein Personal da ist und daher meine bitte, meine Zusatzfrage, inwieweit Sie hier sicherstellen können, Herr Bürgermeister, dass keine Bezirksämter geschlossen werden können, dass man

einfach möglicherweise aus anderen Ressorts zur Abdeckung dieses Personalmangels Personen zur Verfügung stellt, damit nicht Bezirksbevölkerungsschichten vor verschlossenen Türen stehen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dazu vielleicht auch eine klare Antwort. Derzeit sind in den Bezirksämtern beziehungsweise der Servicestelle laut Dienstpostenplan 36 Bedienstete beschäftigt, im Jahr 2005 werden etwa vier bis fünf Dienstposten durch Pensionierung frei. Durch die Zusammenlegung der Bezirksämter und der Servicestellen, wir haben einmal zwei Varianten diskutiert, könnte man einige Dienstposten auch einsparen und auch einiges an Raumkosten einsparen, aber wie gesagt, darüber gibt es noch keine Einigung. Es ist für mich auch klar, dass wir auch jetzt über die Sommerferien und auch nach den Pensionierungen, und es gibt immer wieder Krankenstände, in den Sommermonaten natürlich auch Urlaube, sicherstellen müssen, dass der Dienstbetrieb ablaufen wird und das werden wir auch zusammenbringen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.00 Uhr den Vorsitz.

2) Angelaufener Finanzmittelbedarf seit Gründung der GPG

GR. **Schmalhardt** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riedler, lieber Wolfgang! Unsere grundsätzliche Haltung unseres Klubs zu den diversen Gesellschaftsgründungen brauche ich, glaube ich, hier nicht mehr wiederholen, die ist ja bekannt und oftmals begründet. Meine heutige Frage im Besonderen betrifft die

Grazer Parkraummanagementgesellschaft und deren Mittelbedarf. Bei all unseren Sitzungen und Besprechungen und Zusammenkünften, seit ich im Gemeinderat sein darf, geht es eigentlich immer um Sparen, Sparwillen, Sparmöglichkeiten, Aufgabenkritik, teilweise von uns unterstützt, berechtigt anerkannt, von uns auch manchmal kritisiert. Bei dieser Gesellschaft wurden bei der Gründung 400.000,- Euro als Grundausstattung, als Grundkapital zur Verfügung gestellt und eine Reihe von Unternehmenszielen definiert. Ich will die hier nicht wiederholen, die sind ja eh bekannt. Aus unserer Sicht sind die Unternehmensziele bei weitem nicht erreicht, weil die nötigen Finanzmitteln für die GPG und das war angedachte, ich sage es in Schilling, jährlich 30 Millionen Schilling nicht zur Verfügung gestellt werden können, weil wir sie nicht mehr haben. Also der Geschäftsführer der GPG hat für den operativen Teil seines Geschäftes schlicht ergreifend kein Geld. Im letzten Budget wurden 250.000,- Euro zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes der GPG, wie ich glaube, richtig in Erinnerung habe, zur Verfügung gestellt. Diese 250.000,- Euro wurden benötigt, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, das heißt, Lohnkosten, Raumkosten und Sachaufwand. Für mich und für uns stellt sich jetzt nun die Frage, welchen Sinn hat eine Gesellschaft, wo wir nur den normalen Geschäftsgang abdecken und im operativen Teil keine Mittel zur Verfügung stellen können?

Daher richte ich an dich daher, die

F r a g e :

Wie hoch war der bisherige Finanzmittelbedarf bis zum heutigen Tage der GPG?
(*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich beantworte dir diese Frage sehr gerne. Die seitens der Stadt Graz an die Graz Parkraummanagement GmbH, GPG, geleisteten Gesellschafterzuschüsse betragen in den Jahren 2002 Euro 207.000,-, 2003 Euro 216.010,89, 2004 Euro 250.000,- im heurigen Jahr 0 Euro, das macht bis zum heutigen Datum einen Gesamtbetrag von zirka 920.000,- Euro aus. Die wichtigsten finanzierten Projekte waren das Blaue-Zonen-Projekt mit einem Aufwand von 118.500,- Euro, mobiles Parken mit 57.000,- Euro, Entwicklungsarbeit im Bereich

Park-&-Ride-Platz Puntigam mit 290.000,- Euro und Entwicklungsarbeit im Zusammenhang mit dem Projekt Park-&-Ride-Parkplatz Mariatrost mit 26.000,- Euro.

GR. **Schmalhardt:** Lieber Wolfgang! Meine Zusatzfrage lautet: Wie wir sehen, wurden eigentlich für Projektabwicklungen nur kleine Beträge aufgewendet. Ganz klar, wo nichts ist, kann man nichts aufwenden. Meine Zusatzfrage lautet daher, ob du glaubst, wenn man eine Gesellschaft am Leben erhält, wo wir nur mehr den Betrieb abdecken können, ob der Weiterbestand dieser Gesellschaft überhaupt noch Sinn macht?

Dr. **Riedler:** Wie du weißt, bin ich zum Gründungszeitpunkt der GPG relativ kritisch gegenübergestanden als Gemeinderat noch. Mittlerweile muss man sagen, dass mit der Gründung ja auch ein Geschäftsführer bestellt wurde und ein Geschäftsführungsvertrag abgeschlossen wurde, wir haben einen ausgewiesenen Experten für Fragen der Parkraumbewirtschaftung für diese Gesellschaft in der Stadt gewinnen können. Der mit der Geschäftsführerfunktion verbundene Dienstvertrag bedeutet, dass wir diesen Experten auf mehrere Jahre an die Stadt Graz gebunden haben. Ich bin daher der Auffassung, nachdem sich die Aufgabenzuteilung zur GPG ja wesentlich verändert hat mit der neuen Stadtregierung, mit dem neuen Gemeinderat, dass diese Expertise nicht verloren gehen sollte und wir versuchen, dass Wissen, das Know-how, das wir in der GPG, vor allem mit dem Geschäftsführer, dem Herrn Janesic, haben, auch optimal auszunutzen. Das hat sich jetzt und wird sich heute schon im Zusammenhang mit einem Gemeinderatsstück sehr deutlich erweisen, etwa beim wirtschaftlichen Betrieb des Park-&-Ride-Parkplatzes in Liebenau, beim neuen Einkaufszentrum. In weiterer Folge glaube ich, dass die GPG dann ihre Aufgabe gut len werden können, wenn es uns gelingt, auch einen Schritt weiter zu kommen, wenn es darum geht, die Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Parkbereich so voranzutreiben, dass wir zu einer günstigeren und für die Stadt besseren Lösung kommen können. Ich bin also der Auffassung, dass die GPG mit neuen Inhalten, was den Gesellschafterauftrag angeht, versorgt und

versehen sein muss, das ist zum großen Teil schon gelungen, ich bin aber auch der Auffassung, dass im Zusammenhang mit der Zusammenlegung wichtiger Aufgaben, die Gesellschaften erfüllen, und damit der Zusammenlegung von Gesellschaften auch die GPG möglicherweise in einer größeren Holdingstruktur gut aufgehoben sein wird (*Applaus SPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 13.05 Uhr den Vorsitz.

3) Dienstwägen

GRin. **Rücker** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Sehr geehrte Kolleginnen, Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sparen ist eben momentan Thema in der Stadt, Zahlen regieren. Ich glaube, dass trotzdem Politik sehr wohl auch symbolische Zeichen setzt und auch dafür verantwortlich ist, wie diese aussehen und wir haben uns gefragt, was es für ein Symbol nach außen ist, wenn eine Stadt, die kürzt, die spart, die reduziert, die die Arbeitsbedingungen ihrer Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen drastisch einschränkt, die nach außen Leistungen reduziert, die von den Menschen verlangt, ihren so genannten Gürtel enger zu schnallen, auf der anderen Seite weiterhin in bestimmten Bereichen nicht wirklich nachvollziehbare Entscheidungen trifft. So wurden vor kurzem neue Dienstwägen angeschafft, angeleaset, wie wir erfahren haben, es sind vier neue BMW und uns interessiert natürlich nun, ob aus ökologischer Sicht, weil nachdem ja Zahlen das Thema sind bei den Grenzwertüberschreitungen, hier geht es ja auch um Ziffern, die nicht zufriedenstellend sind, nachdem wir eben sparen müssen, nachdem es hier auch um die Frage der Vorbildwirkung geht, stelle ich jetzt folgende

Frage

an Sie: Welche alternativen Fahrzeugmodelle und Fortbewegungsmöglichkeiten wurden bei der Neuausstattung vernünftigerweise in Erwägung gezogen, bevor letztendlich die Entscheidung zugunsten vier neuer Dienstwägen der Marke BMW gefallen ist?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Frau Gemeinderätin, vielen Dank, dass Sie mir Gelegenheit geben, das hier nicht nur vor dem Gemeinderat, sondern auch in aller Öffentlichkeit einmal zu sagen. Es geht genau um diese symbolischen Zeichen, es geht genau darum, den Menschen zu erklären, dass hier Einsparungen stattgefunden haben und zwar, ich sage jetzt schon von Periode zu Periode, ich werde es Ihnen dann auch sagen. Im Laufe der Jahre wurde die Anzahl der Präsidialfahrzeuge auf fünf der Marke Opel Omega reduziert, davon wurden dann zwei im Jahre 1998 angekauft und drei weitere im Jahre 1999. Bei den von Ihnen zitierten Dienstfahrzeugen handelt es sich um Fahrzeuge der Präsidialabteilung, das heißt, diese Fahrzeuge stehen nicht nur den politisch verantwortlichen Stadtsenatsmitgliedern, sondern auch den Gemeinderätinnen und Gemeinderätin, wenn sie frei sind, zur Verfügung, darüber hinaus werden auch sehr, sehr viele Fahrten für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt, Botendienste und vieles mehr, das ist einmal ganz wichtig. Ich persönlich habe es ja vorgezogen vor siebeneinhalb Jahren, als ich Politiker geworden bin, meinen Wohnort zu wechseln, ich bin in die Herrengasse gezogen, ich gehe auch jeden Tag zu Fuß, das möchte ich da auch einmal anmerken, weil man kann gar nicht fahren, auch mit dem Rad geht es sich nicht aus (*Applaus ÖVP*). Jetzt komme ich aber zu den konkreten Fragen, die Sie gestellt haben. Diese Fahrzeuge der Marke Opel Omega wurden, um einen Maximalerlös zu erzielen, versteigert, wobei die Kilometerstände zum Zeitpunkt der Versteigerung zwischen 115.000 und 180.000 Kilometer betragen. Die Veräußerung wurde notwendig, da diese Fahrzeuge auf Grund der Kilometerleistung und der starken Inanspruchnahme, weil ja doch auch viel im Stadtverkehr zurückgelegt wird, sehr hohe Reparatur- und Servicekosten verursachten. So sind etwa im Jahr 2004 für drei Opel Omega an Service- und Reparaturkosten schon 11.500,- Euro angefallen, das ist die Hälfte fast der Summe, die wir jetzt für neue Wägen als Leasingrate im ganzen Jahr zu bezahlen haben, aber zu den Kosten komme ich dann noch genauer. Die

Erneuerung des Fuhrparks ging schrittweise vor sich, zuerst wurden zwei BMW 525 mit Benzinmotoren und Katalysator geleast und zwar für den Zeitraum 18.11.2003 bis zum 31.5.2004. Die im Betrieb günstigeren Dieselfahrzeuge waren zum damaligen Zeitpunkt noch nicht mit Partikelfilter lieferbar und kamen daher nicht in Frage. In weiterer Folge wurden zwei BMW 525 mit Dieselmotoren und Partikelfilter geleast, der Leasingzeitraum ist vom 1.6.2004 bis zum 31.5.2007 und weitere zwei BMW ebenfalls mit Dieselmotor und Partikelfilter jetzt vom 14.4. heurigen Jahren bis zum 30.4.2008. Sohin stehen jetzt nur mehr vier Fahrzeuge uns allen zur Verfügung, das heißt, wir haben nicht nur ein Fahrzeug eingespart, sondern wir haben darüber hinaus auch einen Präsidialfahrer, der in den vorzeitigen Ruhestand getreten ist, eingespart, ganz im Sinne dessen, wie Sie es gesagt haben. Es steht damit also ein Auto weniger zur Verfügung und was für die Stadt Graz im Vergleich zu anderen Städten und Gebietskörperschaften eine sehr geringe Anzahl ist. Es wurden sohin im Zusammenhang mit der Umstellung ein Präsidialfahrer und Fahrzeug eingespart. Die Leasingraten für die bestehenden Fahrzeuge sind auf Grund des ausgehandelten Behördenrabatts für Fahrzeuge dieser Ausstattung mit monatlich durchschnittlich 550 Euro als sehr gering zu betrachten, die strengen sich nämlich sehr an mit diesem flotten Rabatt, um bei Gebietskörperschaften zu laden. Bereits zum Zeitpunkt der Anschaffung der BMW wurden selbstverständlich Alternativen in Richtung ökologischer Verträglichkeit geprüft und konnten keine wirklichen Alternativen gefunden werden, was sich auch bis zum heutigen Zeitpunkt, wie unten ausgeführt, nicht geändert hat. Als symbolisches Zeichen, sage ich auch noch einmal dazu, ich bin stolz, dass wir in der Stadt Graz, und zwar erstmalig überhaupt in der Geschichte von BMW, ein komplettes Fahrzeug quasi outgesourct bekommen haben, wir produzieren ja den X3 und haben auch die Verbesserung für den X5 geschafft und ich glaube, dass das auch ein ganz gutes Zeichen gegenüber dem Unternehmen ist, das 1000 Arbeitsplätze hier in Graz sichert, eine solche Marke zu fahren (*Applaus ÖVP*). Als umweltfreundlichste Pkw gelten laut VCD, das ist der Verkehrsclub Deutschland, serienmäßig angebotene Hybridfahrzeuge in folgender Reihung: Der Toyota Prius, der Daihatsu und der Opel Corsa, das sind Fahrzeuge der unteren Mittelklasse. Laut A 23, dem Umweltamt, Dr. Niederl, kann man hier mit einer positiven Entwicklung rechnen und man wird diesen Fahrzeugtypus daher für künftige Beschaffung grundsätzlich im Auge behalten. Hybridfahrzeuge müssen über zwei Motoren verfügen, wie Sie wissen, ökologisches Gegenargument, diese

machen das Fahrzeug schwerer, was prinzipiell den Verbrauch negativ beeinflusst. Auf Überlandstrecken fahren Hybridfahrzeuge mit einem Benzin- oder Dieselmotor, werden also jedenfalls immer noch mit fossilen Brennstoffen betrieben. Im Stadtverkehr fahren Hybridfahrzeuge mit einem Elektromotor, der Ladevorgang findet auf den Überlandstrecken statt. Die deutschen Automobilhersteller bezeichnen heute noch die Hybridtechnik als fehleranfällig beziehungsweise nicht hinreichend zuverlässig. BMW dürfte kurz davor sein, einen Hybridmotor serienmäßig vorzustellen. Audi und VW sollte danach folgen. Gasbetriebene Kfz haben wir uns ebenfalls angeschaut, auch hier kann eine weitere positive Entwicklung erwartet werden. Derzeit gibt es noch rechtliche Probleme mit Sicherheit und Haftungsfragen, ich sage Ihnen auch gleich, beim Parken von gasbetriebenen Kfz in Tief- und Hochgaragen ein flächendeckendes Netz von Gastankstellen ist derzeit in Europa noch nicht gewährleistet. Das Elektro-Kfz, die A 23 hat über mehrere Jahre ein Elektroauto als Dienst-Kfz in Probetrieb gehabt und hat damit im praktischen Betrieb sehr negative Erfahrungen gemacht. Probleme gab es immer wieder mit der Batterieaufladung, was die Reichweite und die Beschleunigung des Kfz sehr negativ beeinflusst hat. Obwohl das Fahrzeug nur im reinen Stadtbetrieb im Einsatz war, kam es immer wieder zu technischen Pannen und Ausfällen. Grundsätzlich fällt für die Präsidialfahrzeuge ein relativ hoher Prozentsatz Auswärtsfahrten an, vor allem für den Städtebund, für die Ministerienbesuche und vieles mehr. Und für Langstrecken scheidet der Elektroantrieb prinzipiell aus. Auch die Versorgung mit Gas ist nicht lückenlos gewährleistet, wenn ich da an die Fahrt zu unseren Partnerstädten denke, zum Beispiel nach Pecs hätte man keine Möglichkeit, dann auch wieder zurückzukommen. In ökologischer Hinsicht waren die niedrigen Abgaswerte, der äußerst geringe Durchschnittsverbrauch von 6,7 Litern pro hundert Kilometer, sowie die serienmäßige Ausstattung mit einem Rußpartikelfilter, auch die Sicherheitsnormen dieses Fahrzeuges maßgeblich für die Typenentscheidung. Man könnte sagen, das ist ein Fahrzeug der gehobenen Mittelklasse zu einem Preis der unteren Mittelklasse, das ist das, was ich Ihnen dazu zu sagen habe (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Was interessant ist, aber das ist natürlich auch City-Maut-Thema so schön abzulesen, dass das Denken über das Auto nicht drüber hinweg kommt. Weil

wir haben ja extra in der Frage auch formuliert, andere Fortbewegungsmöglichkeiten, ob die überlegenswert erschienen. Ist es zum Beispiel zumutbar für Spitzenrepräsentanten und Spitzenrepräsentantinnen der Politik und der BeamtInnenschaft, auch mit dem Taxi Wege zurückzulegen oder mit dem Fahrrad oder sogar mit der ÖBB, wenn man nach Wien fährt, das ist eine Frage, die ich einfach stellen muss, wenn ich von einer Belastung ausgehen, die momentan in Graz eklatant ist. Ist es notwendig, mit dem Chauffeur durch die Gegend kutschiert zu werden, es gibt natürlich einen kleinen Bereich, wo das womöglich die einzige sinnvolle Lösung ist, aber ich denke sehr wohl, dass es einen großen Bereich gibt, wo man sehr wohl über neue Wege nachdenken kann und zum Beispiel, wenn man schon von der Wirtschaftsförderung redet, eine verstärkte Nutzung von Taxis würde sowohl, gerade kleinstrukturierten Betrieben in Graz womöglich mehr bringen im individuellen Bereich, als dass man jetzt mit BMW eine gute Kooperation hat, indem man dort ein Auto übernimmt. Also es geht uns wirklich nicht nur die um Symbolik, sondern auch um das neue Denken, alternative Möglichkeiten, Wege zurückzulegen und wieso ist es notwendig, dass zum Städtebund für jede Fraktion ein eigener Dienstwagen fährt, das ist nicht notwendig aus unserer Sicht und deswegen stelle ich die Frage, ist es zumutbar, auch andere Wege, die vielleicht ein bisschen mehr Berührung mit der Bevölkerung sogar hervorrufen, in Graz zu wählen, um sich fortzubewegen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glaube, dass wir da sehr gut abwägen. Es wird im Prinzip im Übrigen auch immer wieder gemacht, viele unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fahren mit dem Fahrrad, viele benutzen ihren eigenen Pkw, manche Taxifahrten gibt es und das gilt auch für die Stadtregierung, es wird nicht jeder Weg mit dem Dienstfahrzeug, sprich mit den Präsidialfahrzeugen, zurückgelegt. Ich kann Ihnen nur sagen, weil es ja auch Anfragen des Grünen Klubs schon gegeben hat bei unseren Fahrern, ob ein Wagen zur Verfügung steht, wir setzen das sehr, sehr sanft ein und fahren nur, wenn es wirklich notwendig ist, aber viele wissen auch, dass es halt sehr, sehr schwer ist, zu einer Ehrung zu fahren, wenn man eine Blumenschale hat, wenn man einen Brief vom Bürgermeister hat, vielleicht noch einen Schirm hat etc., da braucht man de facto auch ein größeres Fahrzeug. Aber wir wägen das ab,

selbstverständlich, alles ist möglich und viele Mitarbeiter fahren auch mit dem öffentlichen Verkehrsmittel (*Applaus ÖVP*).

4) Türkeibeitritt – divergierende Interpretationen

GR. Dr. **Piffl-Percevic** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

Dr. **Piffl-Percevic**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Nicht erst seit der Abstimmungs-niederlage über die neue EU-Verfassung, die vom Verfassungskonvent ausgearbeitet wurde, gibt es heftige Diskussionen über einen EU-Beitritt der Türkei. Eine unübersehbare Mehrheit der EU-Bürger steht einem solchen Beitritt bekanntlich skeptisch, fragend, zum Teil auch ratlos gegenüber. Es ist dir, Herr Bürgermeister, zu danken, dass du diesen Bürgern deine Stimme verliehen hast und dieses Anliegen zu einer Stellungnahme deinerseits zu klaren Worten gemacht hast. Deine Worte waren so klar, dass sie eigentlich einer Interpretation nicht bedurften. Offensichtlich wollten viele deine Worte anders verstanden wissen, als du sie gesagt hast. Offensichtlich zählen auch einige Mitglieder dieses Hauses zu solchen, ist kein anrühiges Wort, sondern meines grammatikalisch zu solchen Fehlinterpretieren. Aus diesem Grunde, nicht aus einem anderen, möchte ich an dich vor diesem Hause die

F r a g e

stellen: Welche Überlegungen dich zu deinen Aussagen geführt haben und was du zu deinem Statement gemacht hast? (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Zuerst einmal, Herr Klubobmann, möchte ich mich bei dir bedanken, dass du mir Gelegenheit gibst, diese Frage zu erörtern, ich werde diese Frage entsprechend beantworten und bitte auch um Verständnis, dass das etwas

länger dauert. Zuerst meine Motivation, warum ich mich zu Wort gemeldet habe. Meine Damen und Herren, ich habe am 28. Juni eine Sendung im Rundfunk, im Fernsehen gesehen, die Sendung Weltjournal. In erster Linie hat sie sich mit dem Thema Zwangsheirat beschäftigt und es wird viele unter Ihnen gehen, die diese Sendung gesehen haben, vielleicht auch jetzt nachträglich angesehen haben. Das Zweite ist das Memorandum von amnesty international über das Jahr 2004, was die Türkei betrifft. Ich habe dieses Memorandum auch mitgebracht, es ist sehr, sehr lang, es ist sehr klein geschrieben, ich werde Ihnen dann einige Auszüge daraus vorlesen. Und last but not least, der letzte Beweggrund waren die Meldungen vom 30. Juni, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Oktober beginnen sollen. Das Memorandum, habe ich schon gesagt, ist viel umfassender und ich möchte jetzt ein paar wichtige Zitate daraus bringen: Folter und Misshandlungen von Festgenommenen durch die Polizei rufen weiterhin große Besorgnis hervor. Elektroschocks, Falaka, ich glaube so spricht man das aus, wenn man Menschen auf die nackten Fußsohlen so lange schlägt, bis sie aufspringen und Aufhängen an den Armen. Es gibt regelmäßig Bericht darüber, dass Festgenommene geschlagen, nackt ausgezogen, sexuell drangsaliert, wiederholt eingeschüchtert wurden auch mit Morddrohungen, mitunter begleitet von Scheinhinrichtungen und ihnen Schlaf, Essen, Trinken und die Benutzung der Toilette verweigert beziehungsweise entzogen worden sind. All das, was ich hier sage, stammt aus dem Bericht von amnesty international. Von einigen Richtern wird die Polizeibrutalität weiterhin nachsichtig behandelt. Berichte über inoffizielle, das heißt, nicht registrierte und daher illegale Festnahmen bilden einen besonders Besorgnis erregenden Trend. Es gibt auch Berichte, dass Festnahmen gar nicht registriert werden, obwohl die betreffenden Personen auf einer Polizeiwache festgehalten werden. Ein Grund für die andauernde Folter und Misshandlungen in Polizei- und Gendarmeriestationen ist nach Ansicht von amnesty international, dass die Vollzugsbeamten die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensweisen bei Festnahmen in der vorgeschriebenen Reihenfolge einfach nicht einhalten. Rechtsanwälte berichten, dass in einigen Fällen bei ihrem Erscheinen auf der Polizeiwache, nachdem sie über Dritte von der Festnahme gehört hatten, ihnen von Polizeibeamten mitgeteilt wurde, dass der Festgenommene nicht anwesend sei oder kein Treffen wünsche, ohne dies zu belegen. Sicherheitskräfte verlassen sich gewohnheitsmäßig und gedankenlos auf den Einsatz von Gewalt bei Überwachung von Demonstrationen und öffentlichen

Versammlungen. Die Polizei setzt regelmäßig unverhältnismäßig Gewalt gegen Demonstranten ein. Sie sonderte einzelne Teilnehmer aus, jagte und schlug sie, trat und schlug sie auch dann noch, als der Betroffene bereits am Boden lag oder festgenommen wurde. In bemerkenswerter Weise fehlt eine Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit, darunter Folter, Verschwindenlassen, außergerichtliche Hinrichtungen etc. Zu oft werden Ermittlungen der Staatsanwälte bei Verbrechen, die von Angehörigen der Sicherheitskräfte begangen worden sind oder sein sollen, an Mangel an Beweisen einfach eingestellt.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Das ist ja nichts Neues.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn die Ermittlungen zur Eröffnung eines Verfahrens führen und Mitglieder der Sicherheitskräfte vor Gericht stehen, sind regelmäßige Vorgehensweisen zu beobachten, die zur Straflosigkeit beitragen. Es wurde berichtet, dass Beschuldigte jahrelang nicht zur Vernehmung oder vor Gericht geladen wurde, obwohl ihre Namen in der Anklageschrift angeführt waren. Jetzt komme ich zu einem Thema, das eigentlich alle Frauen, die in der Politik sind, sehr beschäftigen sollte. Das Ausmaß der Gewalt von Männern gegenüber Familienmitgliedern gibt Anlass zu ernster Sorge. Die Schätzungen reichen von 30 bis 58 Prozent der Frauen, die körperliche Gewalt erleiden. Von 70 bis 97 Prozent der Frauen, die einem breiten Spektrum von Misshandlungen ausgesetzt sind. Bei so genannten Ehrenmorden müssen die Behörden zu entschlossenen Maßnahmen greifen. Viele Fälle von Morden an Frauen oder angeblichen Selbstmorden von Frauen, die Ehrenmorde sein könnten, werden nicht angemessen untersucht. Amnesty international ist besorgt, dass die Türkei zu den Ländern gehört, in denen Frauenhandel betrieben wird. Berichte weisen darauf hin, dass öffentliche Bedienstete entweder direkt in den Frauenhandel oder in den Schutz der Täter verwickelt sind. Soweit der Bericht von amnesty international, der mich auch heute, so wie gestern betroffen macht.

Und nun zu dem, was ich tatsächlich gesagt habe beziehungsweise auch ausgesandt habe. Es hat von mir einen Fernsehbericht gegeben, ein Fernsehinterview und es hat von mir zwei Aussendungen gegeben. Ich habe das ORF-Interview mit folgendem Satz begonnen: Die Stadt Graz ist Stadt der Menschenrechte und wir sollten einmal deutlich sagen, dass wir niemanden heiraten wollen, der nach wie vor mit den Rechten der Frauen, der Menschenwürde, mit der Freiheit und der Demokratie so umgeht, wie es die Türkei im Moment tut. Anschließend an den Moderatorentext habe ich gesagt, Graz hat eine lange Geschichte des Abwehrkampfes gegen die Türken, so etwas sitzt tief im Bewusstsein der Bevölkerung in den Menschen drinnen. Wir führen diesen Abwehrkampf, wenn ich so sagen darf, heute nur mit anderen Mitteln und es ist die Diplomatie, aber bei dieser Diplomatie ist für mich eine ordentliche Portion Heuchelei dabei und ich glaube, dass geradlinige Worte der Europäischen Union und der Türkei enorm helfen würden. In der Aussendung gab es von mir folgendes Zitat: Der EU-Beitritt der Türkei ist ein Garantieschein für das Ende der Union, aus aktuellem Anlass intensive Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei, warnt der Bürgermeister von Graz vor der Hochzeit mit einem anderen Land, in dem Werte wie Freiheit, Menschenwürde, Demokratie und Gleichberechtigung nicht gelebt werden. Gute Nachbarschaft ja, aber nicht jeder kann Familienmitglied werden. Ich habe vom Abwehrkampf gegen die Türken gesprochen, der uns und unsere Kinder in Geschichtsunterricht bis zum Ende des 19. Jahrhunderts begleitet, heute noch in Graz an vielen Stellen in Bildern und Skulpturen sichtbar ist und ich meine, dass es daher wesentlich ist, bei der Integration auf diese Gruppe ein besonderes Augenmerk zu legen. Ich habe als Bürgermeister und Zuständiger für Integration nicht nur den gerade ausgezeichneten interkulturellen Kindergarten massiv unterstützt, sondern auch als Erster für AsylwerberInnen die Möglichkeit geschaffen, zu arbeiten. Ich lasse mir daher keine ausländerfeindlichen Tendenzen unterschieben. Ich habe von einem Abwehrkampf mit diplomatischen Mitteln gesprochen, den ich in Brüssel orte, weil kein europäischer Spitzenpolitiker mutig genug war, das zu sagen, was ich gesagt habe. Wir können über viele Partnerschaften als Nachbarn verhandeln, aber in der Art, in der sich die Menschenrechtssituation darstellt und wie sich die Wirtschaft zur Zeit präsentiert, kann es nicht um eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union gehen. Inzwischen tun das doch einige Politiker, also kann meine Meinung nicht

ganz so falsch gewesen sein. Ich habe ein Bild gezeichnet von Familie, und das ist einmal so, wenn man ein Bild versucht auch zusammenzubringen, und diese Familie ist dieses gemeinsame Europa und ich habe ein Bild gezeichnet von Nachbarn, damit ist gemeint die Türkei, und gesagt, dass nicht jeder im Wohnzimmer Platz nehmen kann und damit ist eigentlich Brüssel gemeint. Es kann dort nicht jeder mitbestimmen, der sich an unsere Spielregeln nicht hält. Ich bin betroffen, in welcher Weise man mir zu unterstellen versucht, ich würde von den türkischen MitbürgerInnen in Graz reden, gegen die ein Abwehrkampf zu führen sei und die man nicht in sein Wohnzimmer lassen soll. Ich habe das sofort am Freitag auch dem Vertreter der türkischen Arbeitervereine und Leiter des Jugendzentrums Jukus persönlich gesagt und wir haben einen Weg gefunden, um diese Klarstellung auch unter die türkischen MigrantInnen zu bringen. Ich bin auch betroffen, und nicht wegen mir, sondern betroffen über die Aussage, wenn die gleichen Journalisten, die sich moralisch aufspielen, ein Foto von mir unrasiert bringen und als den typischen Türken darstellen, auch das hat nichts mit Menschenwürde zu tun. Deshalb sage ich es auch heute wieder deutlich, hier in Graz beginnt der Abwehrkampf, ich betone es heute noch einmal hier und jetzt, hier in Graz beginnt der Abwehrkampf und zwar der Abwehrkampf gegen Menschenrechtsverletzungen, ob in der Türkei oder sonstwo auf der Welt (*Applaus ÖVP*). Wie wir uns in Graz verhalten, wird Vorbild für die Menschen sein, die wie im Falle der Türkei, zu 80 Prozent und mehr als Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Sie können ja unsere Türkinnen und Türken, die in Graz leben, zum Teil auch schon österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger geworden sind, Sie können diese Herrschaften ja fragen, aus welchen Gründen sie hierher gekommen sind, sie werden dann auch die richtige Antwort bekommen, zum Großteil nämlich als Flüchtlinge und als Verfolgte. Ich lasse mich daher von niemandem in irgendein Eck stellen und ich lege auch keinen Wert, auch das gab es sofort in meiner schriftlichen Aussendung, ich lege keinen Wert auf irgendeinen Applaus aus einem falschen Eck. Ich stehe dazu, dass Menschen in Graz ihre neue Heimat finden können und dass ihre Bemühungen um Integration unterstützt werden. Ich stehe zur europäischen Integration und ich stehe auch zu einem Europa als Friedensprojekt, das auf dem Grund der Erweiterung mit europäischen Ländern noch einiges an Substanz von uns allen abverlangt wird. Ich stehe aber auch zu meiner Aussage, dass auf Grund aller mir vorliegenden Berichte und Argumente die Verhandlungen über eine Vollmitgliedschaft der Türkei in die EU falsch sind, die

Verhandlungen sofort abgebrochen gehören und ich freue mich, dass es diesbezüglich auch von meiner Fraktion heute einen Antrag hier im Gemeinderat Richtung Brüssel geben wird (*Applaus ÖVP*).

Dr. Piffl-Percevic: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Für mich und die allermeisten hier im Haus war dein Statement und auch die jetzigen Ausführungen immer klar, unmissverständlich und eindeutig gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei gerichtet. Auf Grund dessen sehe ich meinerseits auch keinerlei zusätzlichen Fragebedarf. Du hast dein Statement so abgegeben, wie du es jetzt begründet hast. Dafür möchte ich dir danken (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz.

5) Oeverseepark

GRin. **Edlinger** stellt an StRin. Monogioudis folgende Frage:

GRin. **Edlinger:** Werte Kolleginnen, es ist jetzt ein bisschen schwer für mich einen Übergang zu finden und einfach wieder zur Tagesordnung der Fragestunde zu kommen. Meine Frage behandelt den Oeverseepark, ein Park, der sehr stark auch von türkischen Jugendlichen und Kindern frequentiert ist, quasi das Wohnzimmer türkischer Kinder und Jugendlicher, weil halt viele in Familien leben und in Wohnungen leben müssen, wo die Wohnverhältnisse sehr beengt sind. Meine Frage richtet sich an die Frau Stadträtin Monogioudis, da sie für die Wirtschaftsbetriebe zuständig ist. Sehr geehrte Frau Stadträtin, unter dem damaligen Stadtrat Hans Pammer wurden - finanziert unter anderem auch mit Mitteln der EU - die Gestaltung und vor allem die Sport- und Freizeitangebote im Oeverseepark durch viele

Bürgerinnen und Bürger in einem Beteiligungsprojekt, das sehr breit angelegt war, geplant. Und Ergebnis der Umsetzung war, dass der so neu entstandene Park eine Vielzahl an tollen Betätigungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche geboten hat - mit der Betonung auf "geboten hat".

Denn vom Basketball-Korb ist mittlerweile nur mehr eine einsame Stange übriggeblieben, am Standort des früheren Tischtennistisches erblicken Sportbegeisterte Kinder und Jugendliche nur mehr gähnende Leere. Auf meine Anfrage bei den Wirtschaftsbetrieben, wann mit einer erneuten Anbringung eines Metallringes als Korb auf dem Basketballfeld beziehungsweise mit der Aufstellung eines neuen Tischtennistisches zu rechnen ist, erhielt ich die Auskunft, dass die Einrichtungen für diese beiden Sportmöglichkeiten von den Wirtschaftsbetrieben nicht mehr installiert werden, weil die alten Geräte mehrfach durch Vandalismus zerstört worden sind. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wie pädagogisch wertvoll diese Maßnahme ist, dass alle Kinder und Jugendlichen quasi im Kollektiv bestraft werden auf Grund des Missverhaltens Einzelner. Hinzu kommt, wir hören fast nach jedem Wochenende von Vandalismussvorfällen im Stadtpark, am Schloßberg, wir haben aber noch nie gehört, dass die beschädigten Parkbänke oder andere Einrichtungen mit dem Argument, dass das schon öfter vorgekommen sei, nicht mehr erneuert worden wären. Insofern dürfen wir uns nicht wundern, dass sich viele Bewohner/Bewohnerinnen des Bezirkes Gries und eben auch viele ausländische Mitbürger/Mitbürgerinnen als Grazer/Grazerinnen zweiter Klasse fühlen, wenn in ihrem Bezirk dann das Argument kommt, es ist mehrfach zerstört worden, jetzt stellen wir nichts mehr auf.

Das von den Kindern so geliebte Floß, mit dem sie auf und am Wasser spielen konnten, steht nicht mehr zur Verfügung. Die Wirtschaftsbetriebe haben mir vor Wochen mitgeteilt, dass "nur noch" der Boden des Wasserbeckens ausgebaggert werden müsse und dann das Floss wieder eingesetzt wird. Allein, die Kinder warten noch darauf.

Und auf meine Frage, was mit dem durch die intensive Benützung völlig festgetretenen Sandboden auf dem Beachvolleyball-Feld passiert, wurde mir in der ersten Maiwoche mitgeteilt, dass der Sand innerhalb der nächsten 14 Tage

ausgewechselt werden würde. Zehn Wochen später heute: Das Beachvolleyballfeld gleicht weiterhin mehr einer Sandpiste als einem Sandfeld.

Ich stelle daher seitens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklub an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

F r a g e ,

wann wird der Oeverseepark wieder im vollen Umfang bespielbar sein?

StRin. **Monogioudis:** Ja, sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Wie du ja ausgeführt hast, wurde im Jahr 1997 auf einer Fläche von 2.500 m² ein Spielplatz mit Biotop eingerichtet. Es wurden 20 Spielgeräte beziehungsweise Spielplatzeinrichtungen installiert und um einige von diesen Geräten geht es in deiner Anfrage. Also dass der Spielplatz inzwischen nicht mehr bespielt werden kann, das finde ich, kann man so nicht stehen lassen. Der Oeverseepark wird sehr stark frequentiert, was erfreulich ist, leider aber nehmen die Vandalenakte, nimmt der Vandalismus tatsächlich in letzter Zeit sehr stark zu und das würde ich nicht irgendeiner Nationalität zuschreiben. Also das ist einfach generell so. Obwohl der Park über Nacht geschlossen ist, werden die Tore, die mobile WC-Anlage, die Holzbauten um die Spielgeräte immer wieder zerstört. Ich möchte jetzt zu den einzelnen konkreten Punkten in deiner Anfrage kommen. Da ist einmal der Basketballkorb, der wurde eben auch zerstört, indem sich eben mehrere Personen so an den Korb gehängt haben, dass die Schweißnaht gebrochen ist, der Satz ist aber bestellt. Ich kann jetzt nur nicht genau sagen, wann der Satz geliefert wird, aber sobald wir das haben, wird es natürlich wieder installiert werden. Etwas problematischer ist es tatsächlich mit dem Tischtennistisch, wenn innerhalb von eineinhalb Jahren zirka viermal der Tischtennistisch wieder kaputt ist und selbst die massivste Ausführung, dem Druck nicht standhält, dann stellt sich für uns einfach auch die Frage, wir können unsere natürlich begrenzten Mittel, die wir für den Ersatz von Spielgeräten haben und die eben allen Spielplätzen in Graz zugute kommen müssen, wir können diese Mittel nicht in einen Spielplatz investieren, also es ist daher momentan kein Ersatz vorgesehen. Das Floß, das auf Grund der permanenten Lage im Wasser angegriffen und derzeit in der Werkstätte saniert wird,

das wird bis spätestens Ende Juli wieder dort angebracht. Und was jetzt diesen Spielsand betrifft, der Sand kommt und wird auch noch im Juli diese Fläche mit dem Sand instandgesetzt. Also glaube ich, dass man sagen kann, dass so gut wie alle dieser Sanierungsmaßnahmen eben in diesem Monat erledigt sein werden und ich denke doch, dass man davon ausgehen kann, dass der Spielplatz ordentlich bespielt werden kann (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Edlinger**: Es würde mich freuen, wenn doch jetzt, vielleicht auch bisschen mit Mithilfe dieser Anfrage, etwas weitergeht und wieder eine Erneuerung vorgenommen wird. Ich habe aber trotzdem eine Zusatzfrage, weil du gemeint hast, der Park sei verschlossen und trotzdem würden in der Nacht Spielgeräte demoliert werden. Die Wirtschaftsbetriebe zahlen meinen Informationen nach eben einen privaten Sicherheitsdienst, der sicherlich nicht wenig kostet, dessen Mitarbeiter täglich um 22.00 Uhr die Tore des Parks zusperren sollten, was im Regelfall passiert, manchmal wird es ein bisschen später. Gleichzeitig wird aber seit Wochen von den Wirtschaftsbetrieben der Zaun nicht repariert, sodass wenige Meter neben den verschlossenen und vom bezahlten Sicherheitsdienst verschlossenen Toren riesige Löcher im Zaun klaffen, die ja direkt zum Hineinspazieren einladen und du selbst hast ja auch darauf hingewiesen, dass, wenn Vandalismus passiert, dieser in erster Linie in der Nacht passiert. Der Bezirksvorsteher des Bezirkes Gries hat deswegen schon vor Wochen via Mail den Geschäftsführer der Wirtschaftsbetriebe über diesen Missstand informiert und bis jetzt nicht einmal eine Antwort erhalten. Ich stelle daher die Zusatzfrage, wie viel kostet dieser Sicherheitsdienst?

StRin. **Monogioudis**: Also der Sicherheitsdienst wird nicht von den Wirtschaftsbetrieben organisiert, daher kann ich auch auf diese Frage keine Antwort geben.

6) Zukunft des ehemaligen Sturmplatzes (Gruabn)

GR. **Slamanig** stellt an StR. Eisel-Eiselsberg folgende Frage:

GR. **Slamanig**: Geschätzte Damen und Herren, lieber Herr Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg! Es geht in meiner Frage um die Zukunft des ehemaligen Sturmplatzes, Gruabn. Viele Grazerinnen und Grazer treten für die Erhaltung des ehemaligen Sturmplatzes „Gruabn“ als Sportstätte ein. Bürgerinitiativen und auch der Grazer Sportclub haben konkrete Vorschläge in dieser Frage gemacht. Der Gemeinderat hat sich damit beschäftigt und auch der Stadtrechnungshof wurde eingeschaltet.

Nachdem in den vergangenen Wochen die Fronten in dieser so wichtigen Frage abgeklärt wurden, möchte ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, als dem zuständigen Stadtsenatsreferenten noch vor der Sommerpause des Gemeinderates folgende Frage stellen:

Frage:

Bestehen weiterhin rechtliche Hindernisse gegen die von so vielen Grazerinnen und Grazern gewünschte Aufrechterhaltung der Gruabn als Sportstätte? (*Applaus KPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Aus meiner Sicht haben diese rechtlichen Hindernisse und Bedenken eigentlich zu keinem Zeitpunkt bestanden, weil ich immer davon ausgegangen bin, dass die bestehende Sportanlage, also die Sportfläche selbst, den Anforderungen entspricht und allfällige Bautätigkeiten, die notwendig sind, wie zum Beispiel die Neuerrichtung eines Klubhauses und dergleichen mehr, nicht im Bereich der verordneten Trasse des Jakominigürtels situiert sind und daher auch im Zuge eines baurechtlichen Verfahrens bewilligungsfähig erscheinen. Die Bedenken, die zweifellos zurecht bestanden haben, waren darauf begründet, dass bei Neuanlage der Sportfläche und gleichzeitiger Einhaltung der Vorgaben des steirischen Fußballverbandes keine Baubewilligung erreichbar sein könnte, weil eben dann eine baurechtliche Bewilligung im Bereich der verordneten Trasse notwendig gewesen wäre. Dieser

unterschiedliche Zugang wird auch die Ursache dafür sein, dass es divergierende fachliche Beurteilungen dieser Situation gegeben hat und aus der jeweiligen Betrachtungsweise waren die Standpunkte, glaube ich auch, für beide Seiten korrekt und richtig. Es hat lange Zeit wenig Bewegung in dieser Angelegenheit gegeben, letztendlich aus verschiedenen Gründen konnte man die Gespräche in sehr intensiver Form wieder aufnehmen, vor allem Herr Bürgermeister Siegfried Nagl hat hier auch immer wieder zu Gesprächen eingeladen. Und wie es sich für mich heute und jetzt darstellt, wird der Gemeinderat sich heute mit einem Stück noch zu befassen haben, der Bürgermeister wird um Aufnahme dieses Stückes in die Tagesordnung noch ersuchen, wonach sich die ganze Angelegenheit dahingehend auflöst, dass der Sportklub unter definierten Rahmenbedingungen und Vorgaben das Areal der derzeitigen Gruabn in Bestand bekommt und erst vor rund eineinhalb Stunden haben auch Vertreter des Sportklubs, nämlich der Obmann, der Kassier und der Rechtsanwalt diese einvernehmliche Auflösung des derzeitigen Pachtverhältnisses gegenüber der Messe unterschrieben und damit müsste heute auch diese Angelegenheit erledigt sein. Ich nutze die Gelegenheit jetzt sehr gerne, um allen, die zu dieser, wie ich glaube, guten Lösung beigetragen haben zu danken, das gilt insbesondere für den Bezirksrat, die Bürgerinitiative und die Aktionsgemeinschaft in ideeller Hinsicht, das gilt aber ganz sicher auch in fachlicher, politischer Hinsicht, im fachlich Bereich möchte ich da Frau Katharina Peer als Leiterin der Abteilung für Liegenschaftsverkehr herzlich danken, dass sie trotz großer Wirrnisse in den Vorgaben für die Umsetzung dieses Projektes immer hart und konsequent an einer Lösung gearbeitet hat, ich nutze die Gelegenheit aber auch sehr gerne, um dem Kollegen Stadtrat Riedler zu danken, dass er in dieser Situation nunmehr gemeinsam mit uns an dieser Lösung mitgewirkt hat und in dem Sinne glaube ich und hoffe ich, dass wir für die Stadt Graz einen guten Vorschlag machen können, den der Gemeinderat heute auch beschließen sollte (*Applaus ÖVP*).

GR. **Slamanig**: Ich werde auf die Zusatzfrage verzichten, möchte den Dank an die AktivbürgerInnen für diesen Kampf anschließen und uns zu dieser Entscheidung, allen, die dafür beigetragen und bewirkt haben, alles Gute wünschen und möchte für die Bürgerinitiativen dem Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg einen symbolischen Dank

überreichen (*Gemeinderat Slamanig überreicht Stadtrat Eisel-Eiselsberg einen Wasserball*).

7) Karmeliterplatz

GRin. **Binder** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sayin Belediye Baskani sevgili arkadaslar, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi! Meine Frage handelt um den Karmeliterplatz. Der Karmeliterplatz ist mit sehr vielen Abstrichen und einer sehr langen Bauzeit denn doch einmal zu Ende gegangen und öffentlich zugänglich gemacht worden. Jetzt gibt es natürlich wieder neue Probleme dadurch, dass Busse über den Karmeliterplatz fahren können, das ist eine relativ gefährliche Situation für Kinder auf diesem Platz und daher stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi, die

Frage:

Was werden Sie unternehmen, um die durch die Querung des Busses und die Öffnung der oberen Sporgasse für den Taxiverkehr verursachte äußerst unzufriedenstellende Verkehrssituation am neu gestalteten Karmeliterplatz zu entschärfen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Türkiye anhgormusunuz, das sind meine türkischen Worte, die ich kenne und kann (*Applaus ÖVP*), die Antwort kommt auf Deutsch. Zunächst einmal ist einfach festzuhalten, dass eine derartige neue Verkehrsregelung, wie sie am Karmeliterplatz durchgeführt wurde, immer eine entsprechende Gewöhnungsphase nach sich zieht und auch einer Gewöhnungsphase bedarf. Wir haben ja den Karmeliterplatz für den Individualverkehr gesperrt, es fährt dort nur

noch der Bus. In der oberen Sporgasse wird in Hinkunft, oder es ist jetzt schon so geregelt, werden die Taxis vom Paulustor kommend in die Innenstadt fahren. Das bedarf, wie gesagt, einer Gewöhnungsphase, zumal früher der Karmeliterplatz befahrbar war und jetzt während der gesamten Bauzeit die obere Sporgasse und die Ballhausgasse. Selbstverständlich sind mir die Konflikte, die es gegeben hat im Verkehrsbereich, aufgefallen und wir haben auch reagiert und haben auch sehr viele Gespräche geführt. Die letzte Besprechung hat bei mir am Montag stattgefunden. Bei dieser Besprechung hat die Polizei teilgenommen, die Grazer Verkehrsbetriebe, die Straßenbehörde und der Bezirk. Und wir haben noch einmal festgehalten, dass die Verkehrslösung, so wie sie jetzt auf Basis von vielen Gesprächen mit Bezirk, Wirtschaftskammer, Taxiinnung, der dort anrainenden Bevölkerung und auch der Behörde stattgefunden haben und dann letztlich so vereinbart wurde, dass die Lösung jedenfalls weitergeführt wird, haben uns aber auch sehr viele Gedanken gemacht, wie wir diese Verkehrskonflikte entflechten können. Und insgesamt drei Maßnahmen kurzfristig gesetzt. Die erste Maßnahme ist, dass wir in jenen Bereichen, in dem die meisten Konflikte entstehen, das ist auf der Höhe des Wasserbeckens, dass wir in diesem Bereich die Fahrspur für den Bus mittels Blumentröge abteilen werden von dem restlichen Bereich, eine Maßnahme, die von vielen Baukünstlern und von Architekten durchaus mit großem Naserümpfen zur Kenntnis genommen wird, aber sie dient der Verkehrssicherheit und in diesem Falle geht die Verkehrssicherheit vor. Zum Zweiten ist zu erwähnen, dass diese Maßnahme vorübergehend ist, wir denken, wie gesagt, dass nach einer Gewöhnungsphase sich diese Konflikte legen werden. Zweitens haben wir das Kuratorium für Verkehrssicherheit geben, das haben wir schon in anderen Fällen ebenfalls gemacht, eine Konfliktbeobachtung am Karmeliterplatz zu machen, das heißt, das Verkehrsgeschehen dort für einige Stunden, Halbtage zu beobachten, um allfällige weitere Konflikte zu identifizieren. Und das Dritte, das soll nicht unerwähnt bleiben, weil es gerade jetzt beginnt, diese Maßnahme zu greifen. Wir werden selbstverständlich die obere Sporgasse, so wie angekündigt, mittels Kamera überwachen, den Verkehr überwachen, sodass festgestellt werden kann, dass ausschließlich die erlaubten Taxis in die eine Richtung über diese obere Sporgasse fahren dürfen und ich möchte das auch an dieser Stelle sagen, wir haben das auch den Medien mitgeteilt, dass diese Kamera ab morgen scharf ist. Wir denken, dass diese drei Maßnahmen jedenfalls für das Erste Sofortmaßnahmen sein sollten und

ich denke mir auch, dass insgesamt das ein Beitrag zur Reduzierung dieser Verkehrskonflikte sein wird (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Die drei Punkte habe ich gehört, ich frage mich schon seit einiger Zeit, warum denn eigentlich Blumen und Pflanzen immer dafür herhalten müssen, dass Menschen ausgesperrt werden. Meine Zusatzfrage aber an dich, könntest du dir vorstellen, dass die Busse auch über die obere Sporgasse zum Freiheitsplatz geführt werden, so wie eben jetzt auch die Autos und die Taxis fahren müssen, was spricht dagegen, den Karmeliterplatz wirklich vollkommen frei zu machen?

Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal ein Beschluss, liebe Frau Kollegin Binder, an dem du, so nehme ich an, ich weiß das jetzt nicht auswendig, aber ich denke jedenfalls auch mitgemacht hast, es gibt einen Gemeinderatsbeschluss. In diesem Gemeinderatsbeschluss ist festgehalten, dass am Karmeliterplatz jedenfalls für die erste Phase kein motorisierter Individualverkehr drüberfahren soll, aber die Buslinie.

Zwischenruf GRin. Gesek: Genau.

Dr. **Rüsch**: Ich weiß nicht, ob die Grünen mitgestimmt haben, das weiß ich jetzt nicht auswendig, aber jedenfalls war es ein Gemeinderatsbeschluss. Und ich kann es nur hier sagen, die Verkehrslösung war höchst umstritten und zwar, weil sehr divergierende Interessen zwischen dem Bezirk auf der einen Seite und zwischen der Wirtschaftskammer und den Taxivertretern auf der anderen Seite waren. Wir waren sehr, sehr froh, diesen Gemeinderatsbeschluss zu haben, um auch uns auf diesen berufen zu können und sagen, wir beginnen mit dieser Verkehrslösung, werden das beobachten und sollte sich herausstellen, dass sie in dem einen oder anderen Punkt

nicht geeignet ist, dann werden wir sie ändern, wir sind in der Beobachtungsphase, werden auch weiter beobachten, ich habe das gesagt und ich denke mir, diese Zeit ist einfach abzuwarten und dann können wir weiter überlegen, ob es eine besser Lösung gibt als derzeit (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, damit haben wir die Fragestunde auch ausgeschöpft. Die Fragen 8 bis 13 werden dann schriftlich beantwortet.